



Thematischer Fokus der Arbeit im Ausschuss der Regionen

Short List 2016

Aufgabe des Ausschusses der Regionen (AdR), der Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der Europäischen Union ist es, unter anderem politische Empfehlungen zu den Strategien der Europäischen Union auszusprechen und an der Erarbeitung des Gemeinschaftsrechts mitzuwirken. Dies tut er, in dem er jährlich rund 50 bis 60 Stellungnahmen verabschiedet. Entscheidend für die Frage, zu welchen Dossiers der AdR sich konkret zu Wort meldet, sind die Arbeitsprogramme der sechs Fachkommissionen der AdR; dort werden die konkreten europapolitischen Dossiers aufgezählt. (Ein Überblick über die mehr als 25 Dossiers, die im letzten halben Jahr allein in den zwei Fachkommissionen CIVEX und ECON auf dem Tisch lagen, wurde im Wochenbericht Nr. 22-2016 vorgelegt.)

Um die Arbeit rund um den AdR schlagkräftiger und zugleich effizienter zu organisieren, wurde im letzten Jahr eine so genannte „Short List“ etabliert, um sich thematisch auf Maßnahmen zu konzentrieren, die für NRW – Land, Städte, Kommunen – prioritär sind. Dabei stellt die Short List die inhaltliche Schnittmenge der Europapolitischen Prioritäten der Landesregierung 2016 einerseits und der oben erwähnten Arbeitsprogramme der sechs AdR-Fachkommissionen für das Jahr 2016 andererseits dar, wobei sich beide Papiere wiederum auf das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016 beziehen.

Die aktuelle Short List 2016 wurde auf Arbeitsebene über den Interministeriellen Koordinierungsausschuss für Europapolitik der Landesregierung (Ko-Ausschuss) mit allen Ressorts abgestimmt.

Unionsbürgerschaft

Z.B. Förderung der aktiven Bürgerschaft regionaler und lokaler Ebene und Sensibilisierung für die Unionsbürgerrechte; Ausweitung des Bürgerdialogs zwischen KOM und den Bürgern in den Regionen;

Europäische Einwanderungs-, Integrations- und Asylpolitik, Europäische Nachbarschaftspolitik

Z.B. Weiterbehandlung der Europäischen Agenda für Migration; Ergreifen neuer Initiativen zur legalen Migration, zu einem gemeinsamen europäischen Asylsystem, zu den Umsiedlungs- und Neuansiedlungsmechanismen; Unterstützung von Flüchtlingen in den Herkunfts- und Transitländern; Vereinfachung des Austausches von bewährten Verfahrensweisen und Informationen bei Migrationsfragen;

Die Zukunft Europas und Regionen in Europa

Z.B. bessere Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die EU-Rechtssetzung; Stärkung der „demokratischen Legitimität“ der EU; Multi-Level-Governance; bessere Rechtsetzung – REFIT;

Verwaltungsvereinfachung

Z.B. weitere Vereinfachungen bei der Verwaltung der von der EU geförderten Projekte; Einbindung von lokalen und regionalen Experten im Bereich der Verwaltung der Kohäsionspolitik in ihre Sitzungen, um Erfahrungen, bewährte Verfahren und Ideen zur Vereinfachung auszutauschen;

Zukunft der Kohäsionspolitik

Z.B. frühzeitige Einbringung in die Debatte über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, um sicherzustellen, dass lokale und regionale Bedürfnisse berücksichtigt werden;

Lokale und regionale Gebietskörperschaften bei der wirtschaftspolitischen Steuerung, Europäisches Semester und Zukunft der WWU

Z.B. Sicherstellung des Wirtschaftswachstums sowie der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit über den Zeitrahmen 2020 hinaus; stärkere Einbeziehung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in WWU;

Handels- und Investitionsstrategie Europas sowie Staatliche Beihilfen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Z.B. Beobachtung der Abkommen TTIP und TiSA; Wahrung der Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im öffentlichen Beschaffungswesen; Sicherstellung einer horizontalen Ausnahme für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse – DAWI; Berücksichtigung der lokalen und regionalen Gegebenheiten bei Auslegung und Umsetzung bei entsprechenden Regelungen; Überprüfung des „Almunia-Pakets“ über staatliche Beihilfen;

Fokus auf das Körperschaftssteuerpaket

Z.B. KOM-Ankündigung vom Körperschaftssteuerpaket 2016;

Förderung einer Kreislaufwirtschaft und einer ehrgeizigen Abfallbewirtschaftung

Z.B. Legislativvorschläge zur Änderung der EU-Abfallrichtlinien; AdR-Positionierung zur Kreislaufwirtschaft im Gesetzgebungsprozess;

Stärkung der Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Politik der EU für die Energieunion

Z.B. Schaffung einer stabilen und wettbewerbsfähigen Europäischen Energieunion; Berücksichtigung der territorialen Dimension bei der Schaffung der künftigen Energieunion; Energieversorgungssicherheit; nachhaltige Wärme- und Kälteversorgung; Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen sowie der Energieeffizienz-Richtlinie und der Richtlinie über das Energieprofil von Gebäuden; Umstellung auf eine Wirtschaft mit geringen CO₂-Emissionen;

Lokale und regionale Maßnahmen nach der Annahme des neuen Weltklima-übereinkommens/Umweltpolitik

Z.B. Verbesserte Klimamaßnahmen zur Überbrückung der aktuellen CO₂-Diskrepanz zw. den nationalen Selbstverpflichtungen und den erforderlichen Reduzierungen der Treibhausgasemissionen; Verfolgung der Umsetzung des Abkommens (UNFCCC und der allgemeinen Annahme des Klimaschutzabkommens) einschließlich einer

neuen Steuerung der Klimapolitik; Umsetzung des 7. Umweltaktionsprogramms; Folgebewertung der EU-Naturschutzrichtlinien;

Konvent der Bürgermeister: lokale und regionale Gebietskörperschaften, die in den Bereichen Energie und Klimaschutz eine führende Rolle einnehmen möchten

Z.B. Bürgermeisterkonvent zur Erörterung des EU-Emissionshandelssystems;

Gesundheit

Z.B. Modernisierung der europäischen Gesundheitspolitik in einem sich wandelnden sozioökonomischen Kontext;

Arbeitskräftemobilität

Z.B. KOM-Maßnahmenpaket 2016 zur Erleichterung der Freizügigkeit von Arbeitskräften; Entwicklung bei der Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze vor dem Hintergrund der Arbeitskräfte- und Unternehmensmobilität;

Errichtung einer europäischen Säule sozialer Rechte

Z.B. Festlegung gemeinsamer Grundsätze und Referenzkriterien, die mit der Zeit zu größerer Konvergenz der Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten im Bereich Beschäftigung und Sozialschutz führen;

Digitale Agenda und Politik im audiovisuellen Bereich

Z.B. Veröffentlichung von Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie für den digitalen Binnenmarkt (DBM); Aufgreifen von Vorschlägen der EU KOM zum Verbot von Geoblocking, zum Urheberrecht, Überprüfung des Rechtsrahmens für den Telekommunikationsbereich, der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste; Bewertung und Entwicklung der neuen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste;

Forschung und Innovation

Z.B. Programm Horizont 2020;

Chancengleichheit

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Z.B. Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen;

Entwicklungspolitik und dezentrale Zusammenarbeit

Z.B. Verbesserung der lokalen Position lokaler/regionaler Gebietskörperschaften bei nachhaltiger Entwicklungspolitik;

Städteagenda und Verkehr

Z.B. Städtepolitik, Urban Agenda; Verkehr und transeuropäische Verkehrsnetze.